

Regierungsratsbeschluss

vom 24. Januar 2005

Nr. 2005/240

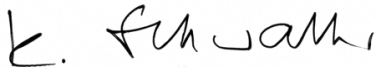
Vernehmlassung zum Bundesbeschluss über die Genehmigung des Haager Übereinkommens über das auf *trusts* anzuwendende Recht und über ihre Anerkennung
Schreiben an das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement

1. Erwägungen

Das Bau- und Justizdepartement unterbreitet die Vernehmlassung an das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement betreffend den Bundesbeschluss über die Genehmigung des Haager Übereinkommens über das auf *trusts* anzuwendende Recht und über ihre Anerkennung zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (Vernehmlassung) betreffend den Bundesbeschluss über die Genehmigung des Haager Übereinkommens über das auf *trusts* anzuwendende Recht und über ihre Anerkennung wird beschlossen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement

Verteiler

Regierungsrat
Bau- und Justizdepartement
Bau- und Justizdepartement, Rechtsdienst Justiz (3)
Volkswirtschaftsdepartement
Obergericht
Büro Kantonsrat
Medien (jae)